

ORTE DER FREIHEIT UND DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

BERNHARD VOGEL

Die Deutschen feiern 2009 und 2010 wichtige Jubiläen: Vor 60 Jahren, am 23. Mai 1949, begann mit der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Erfolgsgeschichte unserer Demokratie; vor 20 Jahren, am 9. November 1989, brachte die Friedliche Revolution in der DDR die Mauer zum Einsturz und öffnete den Weg zur Wiedervereinigung unseres Landes. Weder die erfolgreiche Entwicklung unserer Demokratie noch die Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung Ost- und Westdeutschlands am 3. Oktober 1990 waren selbstverständlich.

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges begegneten viele Menschen in Europa der jungen Bundesrepublik Deutschland mit Skepsis und mit Ablehnung, auch viele Deutsche in West und Ost. Heute blickt die große Mehrheit der Deutschen mit Stolz auf unsere Verfassung, das Grundgesetz. Zahllose Bürgerrechtler in osteuropäischen Ländern wandten sich in den 1980er Jahren mutig gegen Zwang und Unterdrückung und bereiteten auf diese Weise den Boden für die Wiedervereinigung unseres Landes; weitsichtige Politiker schufen Raum für den Wandel, erkannten die Gunst der Stunde und nutzten sie zielgerichtet. Ihnen allen sind die Europäer und besonders wir Deutsche in großer Dankbarkeit verbunden.

DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Daran, was Diktatur und Krieg bedeuten, mahnt uns die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren durch Adolf Hitler am 1. September 1939. Wer hätte es nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus für möglich gehalten, dass Deutschland so rasch nach dem zerstörerischen Krieg, dem Mord an Millionen Menschen in Europa und der systematischen Ausrottung von Menschen jüdischen Glaubens wieder ein geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft sein würde? Wer hätte gedacht, dass sich die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland bewähren und heute vielen Ländern weltweit Anregungen bieten oder als Vorbild dienen könnte? Und wen befahlen in den langen Jahren der Teilung und des Kalten Krieges keine Zweifel, dass eine Wiedervereinigung unseres Landes jemals verwirklicht werden könnte? Wir sind stolz auf den zurück-

gelegten Weg, auf die schrittweise Festigung der Demokratie in 60 Jahren und die Überwindung aller Bedenken, die einer Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstanden. Im Sommer und im Herbst 1989 hat Deutschland in kritischen Stunden Glück gehabt. Die beiden Jubiläen bieten uns deshalb sowohl Anlass zu großer Freude als auch Gelegenheit zum Nachdenken sowie zur Würdigung des mühevoll Erreichten.

Hunderte Jahre rangen die Europäer um die Demokratie, und es sind erst zwei Jahrzehnte vergangen, seitdem in den Eisernen Vorhang zwischen West- und Osteuropa durch das Freiheitsstreben mutiger Menschen erste Löcher gerissen wurden. Sehen wir die mühsam errungene und durch Parlamente, Gerichte und andere Institutionen immer wieder vermessene Freiheit in unserem Land dafür nicht oft als allzu selbstverständlich an? Wenn das Interesse an Partizipation erlahmt und Bürger meinen, mit einer Beteiligung an Wahlen nichts bewirken zu können, wenn der Respekt vor den Vertretern des Rechtsstaates schwindet und die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft immer öfter nicht auf Vertrauen rechnen können, verliert die Demokratie an vitaler Kraft. Gerade in Zeiten der Krise benötigen wir deshalb streitbare Geister, Engagement und Zivilcourage, nicht zuletzt aber Gemeinsinn. Wir müssen vor allem die junge Generation begeistern und zur Mitarbeit und Einmischung auffordern und denjenigen, die unserer Demokratie – etwa durch ehrenamtliche Arbeit – freiwillig dienen, Respekt und Anerkennung entgegenbringen. So bewahren wir das wertvollste Gut – die Mitwirkung aller Demokraten an den alltäglichen Prozessen, in denen über die grundlegenden Werte und die Gestaltung von Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur im Wettstreit entschieden wird.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will mit diesem Band einen Beitrag zu der notwendigen Stärkung unserer Demokratie leisten. Wir stellen „Orte der Freiheit und der Demokratie“ vor, die für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 und die Ereignisse um die Friedliche Revolution von 1989 wesentlich waren. So symbolisieren etwa das Bundeshaus in Bonn die erfolgreiche Etablierung der parlamen-



„Die Freiheit führt das Volk“ von Eugène Delacroix (1830) – Quelle: Wikimedia commons

tarischen Demokratie in Westdeutschland und die Menschen auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor die friedliche Überwindung der SED-Diktatur.

Mehr als 200 Jahre lang spaltete das Streben nach Freiheit und Demokratie Europa und stürzte die Deutschen in blutige Auseinandersetzungen – bis zum 3. Oktober 1990, als nach der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl von der DDR der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland beschlossen und die Wiedervereinigung Wirklichkeit wurde. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist aber mit zahllosen weiteren begeisternden Erzählungen über das Streben nach Freiheit verbunden, und die in diesem Band präsentierten Orte der Freiheit und der Demokratie stehen alle in der einen oder anderen Weise in der Tradition europäischer Freiheitsbestrebungen des 19. und des 20. Jahrhunderts. Mögen die Verbindungslinien oft verschlungen sein, führen sie doch zurück in eine Zeit, als in ganz Europa um „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gerungen wurde. Denn nicht allein die Väter und Mütter des Grundgesetzes fanden hier Rückhalt für ihre Arbeit, auch viele Bürgerrechtler der DDR suchten in der Geschichte der Freiheits- und Demokratiebestrebungen Orientierung und Kraft.

„EHRE, FREIHEIT, VATERLAND“

Es waren die Ideen der Französischen Revolution von 1789, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in ganz Europa verbreiteten und immer mehr Anhänger fanden. Am 18. Oktober 1817 versammelten sich Studenten aus ganz Deutschland auf der Wartburg bei Eisenach in Thüringen. Erstmals zeigten Burschenschaftler schwarz-rot-goldene Fahnen, die aus den Freiheitskriegen gegen Napoleon hervorgegangenen Farben. Unter dem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ forderten die Studenten einen Nationalstaat und demokratische Reformen.

Die junge Demokratiebewegung wurde durch die studentische Jugend und durch Professoren getragen, und sie gewann ihre Dynamik aus dem durch den Kampf gegen Napoleon gewachsenen nationalen Idealismus, zusätzlich befeuert durch die Ideale der Französischen Revolution. „Demagogen“, vor allem Journalisten, Professoren und Studenten, waren durch die Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819 jedoch mit Gefängnis bedroht, und in Preußen wurden der Dichter der Freiheitskriege, Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn, bekannt als Begründer der Turnbewegung, in Haft genommen. Die mit dem Wirken des Fürsten Klemens von Metternich als öster-



*Der Zug der Studenten auf die Wartburg, 1817
(Radierung eines unbekanntes Künstlers)
Quelle: Wikimedia commons*

reichischer Staatskanzler symbolisch verknüpfte „Restauration“ unterdrückte erfolgreich alle Angriffe auf das absolutistische System, die Herrschaft der Könige und Fürsten.

Besonders in der Pfalz, von 1801 bis 1815 unter französischer Herrschaft, weckten die Prinzipien der Aufklärung und die durch Napoleon missbrauchten Ideale der Französischen Revolution den „Geist der Demokratie“. Die Pfälzer avancierten gemeinsam mit den Badenern zu Vorkämpfern der Freiheit in den deutschen Ländern. Ein Ort erlangte symbolische Bedeutung für dieses Streben nach Freiheit und Demokratie in Europa: das Hambacher Schloss. Die Juli-Revolution 1830 in Frankreich und der polnische Aufstand 1831 lösten in dem unter hohen Steuern leidenden Europa Begeisterung aus, stärkten die liberalen Bestrebungen in den Einzelstaaten und mündeten in einer spürbaren Erschütterung des monarchischen Prinzips. Ende Mai 1832 zogen Zehntausende in Feststimmung zum Hambacher Schloss, erklärten ihre Solidarität mit den „Aufständischen“ in Europa und forderten Reformen. Inzwischen hatte sich die Stimmung spürbar verändert. Anders als fünfzehn Jahre zuvor auf der Wartburg beteiligten sich nicht nur Studenten. Es war vielmehr ein alle Gesellschaftsschichten übergreifender Zug mit Studenten, Bürgern, Handwerkern und Arbeitern, und es war auch ein wahrhaft europäischer Zug, darunter Polen und Franzosen. Deutschland solle frei und geeint sein, wurde gefordert; notfalls werde das Volk dieses Ziel selbst zur Vollendung bringen, lautete die Drohung, die bei den deutschen Fürsten für Unruhe sorgte und der mit einer weiteren Einschränkung der Pressefreiheit, des Versammlungsrechts und mit Verhaftungen begegnet wurde.



*Der Zug zum Hambacher Schloss, 1832
(Nach einer zeitgenössischen Darstellung)
Quelle: Wikimedia commons*

Die Kraft der liberalen Bewegung wuchs trotzdem. 1837 protestierten sieben Göttinger Professoren unter der Führung von Friedrich Christoph Dahlmann gegen die Aufhebung des 1833 angenommenen Staatsgrundgesetzes durch Ernst August I., Herrscher über das Königreich Hannover. Gegen ihren König standen die sieben Männer zur Verfassung, das konstitutionelle Prinzip rangierte in ihrem Protest vor dem absolutistischen und beschränkte die Macht des Monarchen. Damit setzten sie ein weithin wahrgenommenes Zeichen. Drei von ihnen wurden daraufhin entlassen und des Landes verwiesen. Ihr Protestschreiben erregte jedoch in ganz Europa Aufsehen und förderte auch in den deutschen Einzelstaaten die Freiheitsbestrebungen. Behielt der König 1837 mit der Ausweisung der mutigen Professoren die Oberhand, bedeutete die Beteiligung dieser Männer an der Frankfurter Nationalversammlung 1848 einen Sieg der Ideale der Demokratie, der allerdings nur von kurzer Dauer sein sollte.

DIE MÄRZREVOLUTION 1848

In dieser Zeit gewann die europäische Freiheitsbewegung durch die Folgen der rasanten Industrialisierung und das durch den wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den Nationen hervorgerufene Elend unter Arbeitern an Schlagkraft. Am 4. Juni 1844 erhoben sich in Schlesien die Weber und forderten eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung des Lohns. Es kam zu Ausschreitungen gegen Fabrikbesitzer. In ganz Europa kulminierten im Frühjahr 1848 die Forderungen nach einer Beschränkung der monarchischen Macht, der Einführung von Verfassungen und der damit verbundenen Garantie grundlegender Rechte in revolutionären Unruhen. Gefordert wurden Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, vor allem die Einberufung von Parlamenten. In Norditalien erhoben sich die Bürger gegen die



*Barrikadenkämpfe in Berlin, 1848, Federlithografie
Quelle: Wikimedia commons – Urheber: Theodor Hosemann*

österreichische Herrschaft; der französische König Louis Philippe I. dankte ab, und eine republikanische Regierung wurde gebildet; in Wien tobten Straßenkämpfe, Fürst von Metternich verließ Österreich. Am 18. März 1848 fielen bei einer Demonstration vor dem Berliner Schloss Schüsse. Die so ausgelösten Barrikadenkämpfe forderten zahlreiche Opfer; am anderen Tag versprach der preußische König, Friedrich Wilhelm IV., die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung. Ein großer Sieg für die Freiheitsbewegung, dem die erhoffte nationale Einigung und die Beschränkung der monarchischen Herrschaft durch die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung folgen sollten.

Die Staaten des Deutschen Bundes entsandten Vertreter zum ersten gesamtdeutschen Parlament nach Frankfurt am Main, das am 18. Mai 1848 in der Paulskirche zusammentrat. Arbeiter und Handwerker waren unter den Abgeordneten kaum zu finden, die große Mehrheit bestand aus Anwälten, Verwaltungsbeamten und Professoren, die sich in verschiedenen Gruppierungen, Vorläufern der Parteien, zusammenfanden. Die Nationalversammlung wurde von dem Gegensatz zwischen radikalen Demokraten, die eine Abschaffung der Monarchie anstrebten, und gemäßigten Vertretern, die eine Zusammenarbeit mit der Monarchie

befürworteten, dominiert. Außerdem stritt man um die Frage der Einbeziehung Österreichs in den neuen Staat, um die „kleindeutsche“ und die „großdeutsche“ Lösung.

Die erste demokratische Verfassung Deutschlands wurde in den folgenden Monaten ausgearbeitet und verabschiedet. Nach langen Auseinandersetzungen hatte sich die Versammlung für die „kleindeutsche“ Lösung ohne Österreich entschieden. An der Erbmonarchie wurde zwar festgehalten, diese jedoch in ihrer Macht deutlich eingeschränkt. Zum Vorbild für die Freiheits- und Demokratiebestrebungen in den Staaten des Deutschen Bundes und im 1871 gegründeten Deutschen Reich, außerdem für die Weimarer Verfassung von 1919 und auch für das Grundgesetz von 1949 avancierten vor allem die in der Paulskirchenverfassung verankerten Grundrechte. Viele der grundlegenden Elemente unserer Demokratie waren in der Verfassung von 1848 bereits enthalten: die Freizügigkeit, die Presse- und die Versammlungsfreiheit, das Briefgeheimnis, die Freiheit der Wissenschaft und der Rede, das Recht auf Eigentum und die Aufhebung der Todesstrafe.

Der preußische König verweigerte seiner Wahl zum deutschen Kaiser durch die Nationalversammlung im April 1849 die Anerkennung, damit scheiterte die Märzrevolution, und die liberalen Bestrebungen in den Einzelstaaten wurden neuerlich unterdrückt. Aufstände radikal-demokratischer Revolutionäre schlug das Militär rasch nieder, und es sollte über 60 Jahre dauern, bis die Katastrophe des Ersten Weltkrieges den Boden für die erste tatsächlich verwirklichte Demokratie auf deutschem Boden bereitete.



*Die Nationalversammlung in der Paulskirche 1848/49
Quelle: Wikimedia commons*

DEMOKRATIE OHNE DEMOKRATEN

Das Weimarer Nationaltheater, in dem sich die Nationalversammlung 1919 konstituierte, ist als Ort der Demokratie in Deutschland von großer Bedeutung. Mit ihm ist die Ausarbeitung der ersten demokratischen Verfassung Deutschlands verbunden, die tatsächlich in Kraft trat. Gleichzeitig steht das später zerstörte Theater für die Ambivalenz, die viele Orte der Freiheit und der Demokratie in unserem Land kennzeichnet: Nicht nur die erste Sitzung der Weimarer Nationalversammlung fand an diesem Ort statt, 1926 wurde dort auch ein Reichsparteitag der Nationalsozialisten Adolf Hitlers abgehalten, die eine Abschaffung der Demokratie und den Aufbau einer Diktatur anstrebten. Ein Ort der Freiheit und der Demokratie in Deutschland, an den wir uns im Bewusstsein des geradezu gegensätzlichen Charakters der mit ihm verbundenen Ereignisse erinnern. Dies trifft auch auf Orte wie den Grenzübergang Marienborn und die Glienicker Brücke zu. Einst Symbole der Teilung unseres Landes, setzte ihre Inbesitznahme durch die Bürger der DDR 1989 gerade deshalb besonders ausdrucksvolle Zeichen für die Überwindung der SED-Diktatur und die errungene Freiheit.

Der Erste Weltkrieg erschütterte das monarchische Prinzip in Europa. Am 9. November 1918 wurde Kaiser Wilhelm II. zur Abdankung gezwungen und die Republik ausgerufen. Um die junge Demokratie gegen Angriffe von rechts- und linksradikalen Gruppierungen zu schützen, konstituierte sich die Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater: die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Bereits die Wahl Weimars als Ort für die Zusammenkunft der Nationalversammlung verwies jedoch auf das gravierende Manko der jungen Demokratie: Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, die mit dem Versailler Vertrag verbundenen Gebietsabtretungen und die erzwungene Anerkennung einer alleinigen Kriegsschuld des Deutschen Reiches bewirkten, dass der Staat kaum hinreichenden Rückhalt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft finden konnte.

In nahezu allen politischen Lagern gab es nur wenige Politiker, die sich mit der Weimarer Demokratie identifizierten und für sie eintreten wollten. Mühte sich der international renommierte Außenminister Gustav Stresemann, einen friedlichen Weg der Verständigung zu finden, beherrschte der Geist des Revanchismus gleichwohl weite Teile der Gesellschaft. Besonders aktiv strebten sowohl die Kommunistische Partei als auch die Deutschnationale Volkspartei danach, die Demokratie durch ein Rätssystem nach Vorbild der bolschewistischen Revolution in Russland oder durch eine militaristisch-monarchisch geprägte Diktatur zu



Zusammentritt der Nationalversammlung im Nationaltheater in Weimar, 6.2.1919

Quelle: BArch, Bild 146-1972-033-11/Alfred Grob

ersetzen. Revolutionäre Unruhen waren die Folge, die durch die drastische Geldentwertung von 1923 und die Weltwirtschaftskrise von 1929 verschärft wurden und eine permanente Instabilität der Weimarer Demokratie durch rasch wechselnde Regierungen bewirkten. Auch eine Phase der Stabilisierung der Weimarer Republik Ende der 1920er Jahre änderte wenig an der wachsenden Zustimmung zu Parteien, die unverhohlen eine Diktatur anstrebten. Straßenkämpfe zwischen den Kommunisten und den Nationalsozialisten dominierten die Auseinandersetzungen. Im Januar 1933 beauftragte der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler mit der Bildung einer neuen Regierung. Die Folgen für Deutschland und Europa waren verheerend.

Innerhalb weniger Jahre wurde die Demokratie von Weimar durch die nationalsozialistische Diktatur und die Herrschaft von Zwang und Terror ersetzt. Zwischen 1939 und 1945 verwüstete der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg Europa, mehr als 55 Millionen Menschen starben. Nach dieser Katastrophe war es für die Europäer schwer, den Deutschen wieder Vertrauen zu schenken, und erst die Weichenstellungen Konrad Adenauers zur Westintegration und zur Aussöhnung mit Frankreich, Polen und Israel schufen die Grundlage für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Integration.

**PROF. DR. BERNHARD VOGEL**

geb. 1932, war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung von 1989 bis 1995 und 2001 bis 2009.